

Zeitschrift: Schweizer Spiegel
Herausgeber: Guggenbühl und Huber
Band: 46 (1971)
Heft: 4

Artikel: "Ein Lorbass"
Autor: Ringger, Gerda
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1080123>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 02.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Bundeskanzler Brandt vor dem Warschauer Mahnmal für die verfolgten Juden: Kniefall vor den Opfern — Aergernis für die Unbelehrbaren

und sagte: «Natürlich haben wir den Krieg verloren, und das musste so kommen, weil Hitler nicht auf die Ratschläge der Fachleute, nämlich der ausgebildeten Heereskommandanten hörte. Wenn es nach deren Willen gegangen wäre, hätten wir das Problem mit der Ostpolitik heute nicht...» Sogar der Hotelier, der sich im Gedanken an die Kaufkraft der heutigen D-Mark bisher ruhig verhalten hatte, unterbrach hier den Wortschwall: «Vielleicht hätten wir auch ein Problem mit der Ostpolitik, wenn Deutschland seinen Russlandfeldzug gewonnen hätte...» Der Diplomat wollte sich als Realpolitiker geben und wandte ein: «Das sind alles Spekulationen. Tatsache ist, dass das deutsche Volk unter den Fehlern Hitlers gelitten hat und dass kein Volk in Europa das hat durchmachen müssen, was wir erlebten, als die russi-

schen Truppen von Osten her einmarschierten.» Und der Journalist: «Vorher aber waren die deutschen Truppen ostwärts marschiert, und die über zwanzig Millionen Toten, die die Sowjetunion zu verzeichnen hatte, ihr Verlust an materiellen Gütern und der wirtschaftliche Rückschlag, den Russland im Gefolge der militärischen Operationen in Kauf nehmen musste, dies alles wiegt schwerer als das, was jenes Volk erlebte, das im Berliner Sportpalast ausdrücklich den Ruf nach dem ‚totalen Krieg‘ erhoben hatte.» Der Beamte zweiter Klasse liess seine Augen funkeln: «Es gibt eben unbelehrbare Leute, und die westlichen Journalisten — auch die schweizerischen — sind offensichtlich bereits vom kommunistischen Bazillus angefressen. Aber ich kann nicht verstehen, warum die Westmächte, England und Frankreich und Amerika,

unsere Bonner Regierung nicht von dem Unsinn des deutsch-sowjetischen Vertrages abgehalten haben. Schliesslich müssen doch die Amerikaner, die Engländer und die Franzosen wissen, was das deutsche Volk im Zweiten Weltkrieg gelitten hat, und diese Leiden wiegen — das müssen Sie doch zugeben — ungleich schwerer als alle Leiden der westlichen Völker...» Jetzt gab es nur noch zwei Möglichkeiten: Entweder mit der Faust auf den Tisch zu schlagen oder zu kapitulieren. Die heftige Reaktion hätte zweifellos nichts genützt, denn allzu deutlich klang noch des Diplomaten Aussage in den Ohren der Gäste: «Es gibt eben unbelehrbare Leute...»

Diese kleine Geschichte ist *nicht* frei erfunden. Zwar sind einige Nebensächlichkeiten ausgeschmückt worden, wobei möglichst alle Ähnlichkeiten mit lebenden Personen beibehalten wurden. Vor allem aber sind die Aussagen des westdeutschen Diplomaten, der in der Schweiz akkreditiert ist, möglichst wörtlich wiedergegeben. Er bezieht heute noch regelmässig sein Monatsgehalt aus Bonn und stellt dem Auswärtigen Amt sogar eine Spesenrechnung, wenn bei einem Empfang seine weisse Weste einen Flecken erhält... Der Information halber sei noch angefügt, dass der betreffende Diplomat weder Mitglied der SPD noch der FDP ist. Leider gehört er aber auch nicht zur NPD von Thaddens.

Erich Bertoldi

«Ein Lorbass»

Von Demokratie in einem totalitären Staat zu sprechen, scheint paradox. Tut man das, so riskiert man hierzulande, sich ganz gehörig die Finger zu verbrennen. Dennoch wage ich es, von demokratischen Einrichtungen in der DDR zu sprechen. Ich möchte aber richtig verstanden werden: Diese Einrichtungen betreffen das Zusammenleben und das Miteinanderarbeiten der Bürger innerhalb des Staates. Die grundsätzliche Struktur der sozialistischen Gesellschaftsordnung wird nicht in Frage gestellt. Hier liegen straffe,

unüberschreitbare Grenzen. Eine APO in der DDR ist undenkbar, nicht nur weil Ansätze dazu schon im Keime erstickt würden, sondern auch weil die Elite der Jugend dieses Staates beruflich wie politisch so gut ausgebildet ist, dass sie wohl manche nicht befriedigend gelöste Fragen flexibler und pragmatischer angehen wird, wenn sie einmal in die Spitzenfunktionen nachgerückt ist, im Grundsätzlichen jedoch — darüber sollte man sich keine Illusionen machen — sind sie unbeirrbar Kommunisten wie ihre Väter.

Unter Demokratie versteht man in der DDR das Mitsprache- und Mitbestimmungsrecht des Bürgers in allen gesellschaftlichen Belangen: Arbeit, Rechtsprechung, Erziehung, Gemeindeangelegenheiten usw., selbstverständlich innerhalb der Grenzen, von denen ich gesprochen habe. Wie sie funktioniert, lässt sich am besten an einigen Beispielen zeigen.

Seit drei Jahren geht das Lustspiel «Ein Lorbass» über die Bretter des Deutschen Theaters in Berlin. Es ist ein sogenanntes «Gegenwartsstück», für den Tag geschrieben, ein realistisches Lehrstück ohne künstlerische Ambitionen. Es stellt ein Stück Alltagsleben auf die Bühne mit seinen Problemen und ihren Lösungen, also gerade das, was einen Zuschauer aus dem Westen interessieren kann.

Die Hauptperson, ein junger Mann, wegen seines schlechten Abiturs nicht zum Studium zugelassen, soll sich in einem grossen Industriebetrieb als Hilfsarbeiter «bewähren». Seine Kameraden nennen ihn «Lorbass», was, laut Duden, ostniederdeutsch Lümmel, Taugenichts, bedeutet. Auf unseren Lorbass will diese Bedeutung nicht so ganz stimmen. Eher scheint er mir eine gewisse Verwandtschaft mit manchen unserer jungen Leute zu haben. Die Arbeit ödet ihn an, er macht sie lustlos und ohne Schwung. Baggerführer möchte er werden, aber nicht einmal das lässt sein Gegenspieler Hirsch zu, ein Kommunist der alten Schule, dem jedes Verständnis für die Lässigkeit und den Mangel an Einsatz dieser Jugend abgeht. Lorbass fühlt sich als Aussenseiter. Er protestiert auf seine Weise, indem er in der Freizeit aus alten Maschinenteilen einen Roboterhund bastelt, der auf Befehl «beissen» soll. Eines Abends will Lorbass unbefugterweise einen nachlässig aufgestellten Bagger aus der Gefahrenzone führen, der Bagger rutscht ab, 40 000 Mark Schaden sind die Folge.

Hirsch, der sich mehr von drakonischen Massnahmen als von der innerbetrieblichen Demokratie verspricht, will Lorbass vor Gericht bringen.

Doch der Staatsanwalt weigert sich, den Fall anzunehmen, er gehöre vor die Konfliktkommission des Betriebes. Auch die Vertreter der Jugendorganisation FDJ stellen sich hinter Lorbass. Hirsch wird überstimmt. Der «alte, vom Leben geprüfte Genosse», heisst es im Programmheft, «lernt anhand der Ereignisse, dass seine Lebenserfahrung für junge Leute von heute nicht der Massstab aller Dinge sein kann.» Die Kommission beschliesst, Lorbass zur Weiterbildung auf eine Fachschule zu schicken und den Schaden dem Betrieb zu überbinden.

Nicht die Handlung und das Happyend, das in der Realität wohl kaum so glatt verlaufen würde, interessieren an diesem Stück. Dem westlichen Zuschauer fallen zwei Punkte auf. Einmal die Kritik, verständnisvoll, aber dennoch Kritik an der Sturheit des alten Funktionärs, zum andern die Handhabung der Gerichtsbarkeit. Darüber wollte ich mehr erfahren und sprach mit dem Leiter der Konfliktkommission eines Berliner Betriebes.

Die Konfliktkommission

ist ein in der Verfassung verankertes «Gesellschaftliches Gericht». Ihre Mitglieder werden von den Betriebsangehörigen geheim gewählt und haben die Aufgabe, geringfügige Straftaten, Arbeitsrechtsverfahren und kleinere zivilrechtliche Streitigkeiten zu behandeln. Auch Polizei und Staatsanwalt melden solche Vergehen dem Betrieb. Die Konfliktkommission kann keine Freiheitsstrafen aussprechen. Sie versucht im Gespräch oder durch Belehrung den Angeklagten zur Einsicht zu bringen. Wenn sie es für nötig hält, kann sie Geldstrafen, Veröffentlichungen am Schwarzen Brett und ähnliche Sanktionen verhängen. Auf gleiche Weise funktionieren die Schiedsgerichte der Wohnbezirke für die kleineren Vergehen, die nicht von den Betrieben erfasst werden.

Diese Kommissionen behandeln rund 40 Prozent der Straftaten. Damit entlasten sie die ordentlichen Gerichte, und es kommt nicht wie bei uns zu den «unnötigen und schädlichen kurz-

fristigen Freiheitsstrafen, die heute den Strafvollzug in stärkstem Ausmass belasten». (Prof. P. Noll, Strafrechtler der Universität Zürich in einem Interview mit dem «Beobachter»). Die Laisierung der Rechtssprechung ist in der DDR stark ausgebaut. Neben dem von den Stadt- oder Gemeindeabgeordneten auf vier Jahre gewählten Berufsrichter amtieren gleichberechtigt zwei Laienrichter. Auch sie werden gewählt, für die Bezirksgerichte von den Bezirkstagen, für die Kreisgerichte in direkten Wahlen. Der Bürger hat in gewissen Fällen sogar das Recht, als Ankläger oder Verteidiger an einem Gerichtsverfahren teilzunehmen und bei einer bedingten Verurteilung zusammen mit dem Betrieb die Verantwortung für den Straffälligen zu übernehmen.

Die Einbeziehung des Laien in die Rechtssprechung scheint Erfolg zu haben. Jedenfalls ist die Kriminalität in der DDR rückläufig. Von 1962—1966 sind die Straftaten um annähernd 30 Prozent auf 680 pro 100 000 Einwohner gesunken.

Auf vielen Gebieten des öffentlichen Lebens bestehen Einrichtungen, die ähnlich wie die Konfliktkommission funktionieren.

Elternbeirat und Elternaktiv

Jede Schule hat ihren Elternbeirat, jede Klasse ihr Elternaktiv. Der Elternbeirat wird alle zwei Jahre von den Eltern aus ihrer Mitte heraus gewählt. Die Parteizugehörigkeit spielt dabei keine Rolle. Er tritt alle acht Wochen zusammen und arbeitet eng mit der Lehrerschaft an der Lösung der die Schule betreffenden pädagogischen und praktischen Fragen. Das Elternaktiv ist die verkleinerte Ausgabe des Beirates für die einzelnen Klassen. Es besteht aus 5 bis 7 Mitgliedern und wird ebenfalls von den betreffenden Eltern gewählt. Die aktive Mitarbeit der Eltern macht den Kontakt zwischen Schule und Elternhaus sehr viel lebendiger als bei uns.

Mitbestimmungsrecht der Jugend

Über die sozialistische Jugendorga-

nisation Freie Deutsche Jugend (FDJ), der ein sehr grosser Teil der Jugendlichen angehört, übt die Jugend einen starken Einfluss aus. Ihre Vertreter, junge Menschen von jungen Menschen gewählt, arbeiten gleichberechtigt in allen öffentlichen Gremien mit, in den Schulen, Fachschulen und Universitäten, in den Betrieben und landwirtschaftlichen Genossenschaften, in den Gemeinderäten und Abgeordneten-kammern.

Die Arbeit der FDJ in einer Schule kann zum Beispiel so aussehen: Eine Gruppe lädt ihre Klasse zu einer «Lernkonferenz» ein, in der jeder Schüler vorbringen kann, was er auf dem Herzen hat, Schwierigkeiten mit einem Lehrer oder in einem Fach. Gemeinsam wird der Versuch gemacht, diese Schwierigkeiten zu überwinden, etwa durch die Bildung eines «Zirkels», in dem die guten Schüler mit den schwachen arbeiten.

Genossenschaftliche Demokratie

In der DDR gibt es 11 513 landwirtschaftliche Genossenschaften, deren Mitglieder die gleichen Rechte und Pflichten haben. Der Boden bleibt Eigentum des Bauern, während Maschinen, Geräte und Vieh genossenschaftliches Eigentum sind. Das höchste Organ der Genossenschaft ist die Mitgliederversammlung. Sie wählt den Vorstand für zwei Jahre. Ihm obliegt die Planung und Leitung der Arbeit. Zur Seite steht ihm die ebenfalls von den Genossenschaftlern gewählte Revisionskommission als eine Art Kontrollorgan, das der Mitgliederversammlung gegenüber direkt verantwortlich ist. Diese Rechte stehen nicht nur auf dem Papier. In einer Genos-

senschaft zwingen die Bauern den Vorstand, die Jahresversammlung zu wiederholen, weil er ihnen keine Möglichkeit gegeben hatte, ihre Vorschläge und Kritiken zur Sprache zu bringen.

Wahlen vor der Wahl

Wahlen in der DDR mit ihren Einheitslisten und ihren über 90 Prozent Ja-Stimmen sind in unseren Augen eine Farce. Um das Zustandekommen dieser Listen und den Wahlmodus kümmern wir uns nicht. Ich wollte es wissen und erkundigte mich bei einer Abgeordneten der Stadt Leipzig, einer 21jährigen Studentin, delegiert vom Kulturbund der FDJ der Universität, und bei einem älteren Abgeordneten der NDPD (National-Demokratische Partei Deutschlands).

Denn es gibt — wer bei uns weiss das schon — neben der führenden SED weitere vier Parteien in der DDR, eine Bauernpartei (DBD), eine christliche Partei (CDU), die Liberal-Demokratische Union, die die privaten Eigentümer von Unternehmungen mit oder ohne staatlicher Beteiligung, die selbständigen Händler und Handwerker vertritt, und eben die NDPD, ebenfalls eine Mittelstandspartei.

Sie hat eine besonders aktive Rolle in der «Bewältigung der Vergangenheit» gespielt, befinden sich doch unter ihren Mitgliedern ehemalige Nationalsozialisten, Berufssoldaten und Offiziere der Wehrmacht. Auch mein Gewährsmann erzählt unaufgefordert, er sei als Junge ein begeisterter Hitleranhänger gewesen und erst durch den Krieg und in der russischen Gefangenschaft zur Vernunft gekommen.

Alle Parteien sind grundsätzlich dem Aufbau der sozialistischen Gesellschaft verpflichtet und anerkennen die führende Rolle der SED. Sie haben aber ihr eigenes Programm und das Recht, in allen Volksvertretungen bis hinauf zum Staatsrat Einsitz zu nehmen. Dieses Recht haben auch die grossen Organisationen wie der Gewerkschaftsbund, der Frauenbund und die FDJ. Sie stellen ihre eigenen Wahlkandidaten auf.

Ausschüsse der Nationalen Front, in der alle Richtungen vertreten sind, finden sich in jedem Kreis, jedem Ort, jedem Wohnbezirk. Sie organisieren Versammlungen, in denen neue Aufgaben, kommunale, staatliche, soziale, direkt mit der Bevölkerung diskutiert werden. Sie stellen in den Wahlversammlungen die vorgeschlagenen Kandidaten vor. Diese beantworten Fragen der Wähler und nehmen von ihnen Aufträge entgegen. Die einmal angenommenen Anträge sind verbindlich. Der Volksvertreter wird drei Monate nach seiner Wahl vor den gleichen Wählern Rechenschaft über seine Arbeit ablegen müssen. Er wird auch regelmässig Sprechstunden abhalten, die jedem offen stehen. Daher hört man manchmal jemanden sagen: «... da bin ich eben zu meinem Abgeordneten gegangen», oder gar: «... zu meinem Minister». Eine paradoxe Situation; der Bürger in diesem totalitären Staat hat einen menschlich stärkeren und lebendigeren Kontakt zu seinem nicht direkt gewählten Abgeordneten als wir in unserer direkten Parteidemokratie.

Die Tendenz, den Bürger für die öffentlichen Angelegenheiten zu interessieren, ihn für die Gesellschaft, in der er lebt, mitverantwortlich zu machen, betrifft Lehrlinge und Studenten (die das bei uns so umstrittene Mitspracherecht schon lange haben), die Hausfrau, die Bäuerin und den Arbeiter, kurz alle Schichten der Bevölkerung.

Eines freilich ist die Voraussetzung für diese Art Mitspracherecht: das Engagement des Einzelnen für die Aufgaben der Gesellschaft, ohne Rücksicht auf geschmälerete Freizeit und persönliche Interessen. Dafür ist nicht jedermann zu haben. Es liegt in der Natur der Sache, dass die politisch am besten geschulten, nämlich die Mitglieder der SED und der FDJ, auch zum aktivsten Teil der Bevölkerung gehören. Ihr Einfluss, der nicht unbedingt diktiert sein muss, prägt das Gesicht dieses Staates.

Gerda Ringger

